

Protokoll

über die 19. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung, Personalentwicklung und EDV am Donnerstag, 19. September 2024 um 18:30 Uhr im Presentation & Training Center der Paulmann Licht GmbH, Quezinger Feld 2, 31832 Springe

Teilnehmende:

Vorsitzender

Baatzsch, Brian

Ausschussmitglieder

Bani Ardalan, Christian

Brenneke-Schiller, Heike

Galas, Eckart

als Vertretung für Hr. Hüper-Maus

Grosecck, Oliver

Hackert, Thorsten

als Vertretung für Hr. Bennecke

Henkels, Anette

als Vertretung für Hr. Niemetz

Overesch, Bernd

als Vertretung für Hr. Kohlenberg

Reinhardt, Bastian

Grundmandatsträger

Herrmann, Udo

Beratende Mitglieder

Lampe, Uwe

Reinhardt, Udo

Von der Verwaltung

Behrens, Daniel

Böhne, Jens

Gebauer, Clemens

Strohecker, Philipp

als Protokollführer

Tegtmeyer, Henning

Wetzig, Christian

Es fehlen entschuldigt

Bennecke, Hendrik

Hüper-Maus, Thomas

Kohlenberg, Jürgen

Niemetz, Jörg

Gäste

Koltermann, Ulrich

PSPC GmbH

Koschnitzki, Olaf

Geschäftsführer Stadtwerke Springe

Tagesordnung

A. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Baatzsch bedankt sich zu Beginn der Sitzung bei der Firma Paulmann für die interessante Führung durch das Unternehmen und für die Bereitstellung der Räumlichkeiten für die heutige

Sitzung des Finanzausschusses. Anschließend stellt er die ordnungsmäße Ladung, die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

2. Fragestunde der Zuhörenden

Es werden keine Fragen der Zuhörenden gestellt.

3. Genehmigung des Protokolls über die 17. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung, Personalentwicklung und EDV am 30.05.2024 - öffentlicher Teil -

Folgender Beschluss wird mit **6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **3 Enthaltungen** gefasst:

Das Protokoll über die 17. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung, Personalentwicklung und EDV am 30. Mai 2024 - öffentlicher Teil - wird genehmigt.

4. Bericht über die Umsetzung der Haushaltsplanung im laufenden Haushaltsjahr

Herr Wetzig berichtet über die Umsetzung der Haushaltsplanung 2024 und stellt die Mitteilungen aus den Fachdiensten vor. Der Bericht wird dem Protokoll dieser Sitzung als Anlage zu TOP 4 beigelegt. Zum Kassenbestand gibt er an, dass derzeit 1,5 Mio. € auf einem Tagesgeldkonto angelegt worden sind. Zum Ende des Monats rechnet man allerdings damit, einen Kassenkredit in Höhe von 2 Mio. € aufnehmen zu müssen. Abschließend gibt er an, dass das Beratungsinstitut IPM derzeit einige Konsolidierungsvorschläge prüft und eine Strategiematrix erarbeitet, die zur Priorisierung von Investitionsvorhaben gedacht ist. Die Ergebnisse sollen demnächst der Politik vorgestellt werden.

Auf Nachfrage von Herrn Galas gibt Herr Wetzig an, dass eine Ergebnisprognose für das Jahr 2024 zum aktuellen Zeitpunkt aufgrund vieler Ungewissheiten (z.B. Schwankungen bei der Gewerbesteuer) nicht möglich sei.

Zum Abschluss des Tagesordnungspunktes bedankt sich Herr Baatzsch stellvertretend für alle Ausschussmitglieder bei Herrn Wetzig für die gute Zusammenarbeit der letzten Jahre und übergibt ihm ein Geschenk, da sich Herr Wetzig zum 30. September 2024 in den Ruhestand verabschiedet.

5. Otto-Hahn-Gymnasium; hier: Beauftragung einer Wirtschaftlichkeitsanalyse 525/2021-2026 - 1

Herr Gebauer gibt zu Beginn des Tagesordnungspunktes bekannt, dass die Firma PSPC aufgrund krankheitsbedingter Ausfälle heute nicht persönlich berichten wird. Man habe kurzfristig eine digitale Zuschaltung ermöglicht, sodass die Ergebnisse der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zumindest digital durch Herrn Koltermann der Firma PSPC vorgestellt werden können.

Herr Koltermann stellt anschließend die Ergebnisse der beauftragten Wirtschaftlichkeitsuntersuchung der Finanzierungsmodelle zum Neubau des Otto-Hahn-Gymnasiums mit Hilfe einer PowerPoint Präsentation vor. Die Präsentation wird dem Protokoll dieser Sitzung als **Anlage zu TOP 5** beigelegt. Anschließend steht Herr Koltermann noch für Rückfragen zur Verfügung. Im Ergebnis ist die ÖPP-Finanzierungsform über den Betrachtungszeitraum am wirtschaftlichsten. Die ÖPP-Variante verspricht einen Effizienz-Vorteil von 14,2 %, der aufgrund des Vorsichtsprinzip allerdings nur mit 10 % in Ansatz gebracht wird.

Auf Nachfrage von Herrn Baatzsch gibt Herr Koltermann an, dass bei einem städtebaulichen Wettbewerb in der Regel nicht das Einzelprojekt im Vordergrund steht, sondern eher, wie sich ein Baukörper in das städtebauliche Umfeld einfügt.

Herr Gebauer antwortet Frau Henkels, dass die Sporthalle in der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung berücksichtigt wurde, da es sich hier um eine Modellrechnung einer Schule handelt. Es wurden somit die Kosten eines normalen Schulneubaus gegenübergestellt, zu denen somit auch der Neubau einer Sporthalle zähle. Die Modellrechnung stellt demnach nicht auf die konkrete Situation vor Ort ab.

Herr Galas möchte wissen, ob beim ÖPP-Modell für die Laufzeit von 30 Jahren der Betriebsaufwand (z.B. Betriebs- und Instandhaltungskosten) direkt mit vergeben werde.

Herr Koltermann antwortet, dass die Kosten für den Betriebsaufwand üblicherweise direkt langfristig vergeben werden. Bei allen dargestellten Varianten sei man von den gleichen Erfahrungswerten der KGST für die Betriebs- und Instandhaltungskosten ausgegangen.

Herr Groseck möchte wissen, ob die vertragliche Regelung der Betriebs- und Instandhaltungskosten über einen so langen Zeitraum zu Beginn der Maßnahme ein kreditähnliches Rechtsgeschäft darstelle, welches von der Region Hannover genehmigt werden müsste. Falls ja, hätte man direkt zu Beginn einen Gesamtbetrag von 112 Mio. € als Barwert.

Herr Gebauer antwortet, dass es seines Erachtens ein kreditähnliches Rechtsgeschäft ist. Bei der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung ging es allerdings im ersten Schritt darum, die 3 Finanzierungsformen zu prüfen, um herauszufinden, welche für den Neubau des OHG am günstigsten wäre. Mit welchen kommunalrechtlichen Folgen diese Varianten verbunden sind, steht auf einem anderen Blatt und ist nicht Bestandteil der vorliegenden Prüfung.

Herr Baatzsch bedankt sich um 19:40 Uhr bei Herrn Koltermann für den Vortrag und verabschiedet ihn.

Herr Groseck findet, die Ergebnisse der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung gut, möchte nun aber auch nochmal über den Beschlussvorschlag sprechen. Er findet den zweiten Punkt nicht hinreichend konkret genug, da aus der Formulierung nicht klar hervorgeht, wie es mit dem Projekt verwaltungsseitig weitergeht und wann der Rat zukünftig wieder mit ins Projekt einbezogen werde. Weiterhin schlägt er aufgrund der finanziellen Tragweite des Projektes vor, zunächst die Ergebnisse des IPM-Gutachtens abzuwarten, um anschließend eine qualifiziertere Entscheidung zu treffen.

Herr Reinhardt antwortet, dass man das Projekt nicht weiter verzögern dürfe, da die baulichen Zustände des OHG ein zeitnahes Handeln erfordern und darüber hinaus auch die Baukosten jährlich um ca. 8 % steigen. Das Gutachten zeigt klar, dass die ÖPP-Finanzierung für die Stadt Springe die wirtschaftlichste sei. Nun soll die Verwaltung weitere Details zum OHG-Neubau ausarbeiten.

Herr Gebauer klärt hinsichtlich des 2. Punktes des Beschlussvorschlags auf, mit welchen weiteren Schritten die Beschlussfassung verbunden ist. Zunächst habe die Verwaltung den Auftrag erhalten, zu prüfen, welche Finanzierungsform am wirtschaftlichsten ist. Dieser Auftrag wurde durch die heutige Präsentation der Firma PSPC abgeschlossen. Mit dem Beschlussvorschlag soll die Verwaltung nun weiter in die Vorbereitungsphase einsteigen, da das ÖPP-Modell mit einigen Vorarbeiten verbunden ist. Konkret sollen die nächsten Schritte durch die Verwaltung vorgenommen und eingeleitet werden. Als Beispiel sei hier die Prüfung der Realisierungsformen zu nennen und diese den politischen Gremien zur Entscheidung vorzulegen. Bisher war es ein Thema des Finanzbereiches und wird durch den Beschlussvorschlag der Verwaltung wieder zu einer Thematik des Baubereichs.

Herr Lampe schlägt vor, mit weiteren Beschlussfassungen zu warten, bis durch das Beratungsinstitut IPM weitere grundsätzliche Dinge zur Finanzsituation der Stadt Springe geklärt sind. Er sieht kein Problem darin, die Beschlussfassung zu schieben, da zeitnah mit Workshops und Antworten von IPM zu rechnen ist.

Die Ausschusmitglieder finden den Beschlussvorschlag nicht hinreichend konkret genug. Es sollte genauer formuliert werden, was die nächsten Schritte sind und zu welchen Zeitpunkten die Ausschüsse und der Rat erneut Mitspracherecht haben.

Herr Baatzsch fasst zusammen, dass der Beschlussvorschlag folgende Inhalte enthalten soll:

1. Die Ausgestaltung des Bauprojektes wird im BauA durchgeführt und dort erneut zur Beschlussfassung vorgelegt.
2. Sobald der städtebauliche Wettbewerb abgeschlossen ist und die Planungen der ÖPP-Finanzierung vorliegen, befinden sowohl der BauA als auch der FinA erneut darüber.

Herr Baatzsch formuliert anschließend folgenden Änderungsvorschlag:

„Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung, Personalentwicklung und EDV empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

- *Das Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zur möglichen Umsetzung des Projektes „Otto-Hahn-Gymnasium“ wird zur Kenntnis genommen und erneut in der Ausgestaltung dem BauA vorgelegt.*
- *Die Verwaltung wird beauftragt, das Projekt im Modell einer öffentlich-privaten Partnerschaft (ÖPP/PPP) inklusive städtebaulichem Wettbewerb weiter zu verfolgen und erneut dem BauA und dem FinA zur Beschlussfassung vorzulegen.*
- *Dem Bauausschuss ist verwaltungsseitig über den Fortgang des Verfahrens und die wesentlichen Verfahrensschritte zu berichten.“*

Es bestehen keine Einwände, sodass Herr Baatzsch zunächst darüber abstimmen lässt, den Änderungsvorschlag in der Form aufzunehmen.

Folgender Beschluss wird mit **9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:
Der Änderungsvorschlag wird angenommen.

Anschließend lässt Herr Baatzsch über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Folgender Beschluss wird mit **9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung, Personalentwicklung und EDV empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

- Das Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zur möglichen Umsetzung des Projektes „Otto-Hahn-Gymnasium“ wird zur Kenntnis genommen und erneut in der Ausgestaltung dem BauA vorgelegt.
- Die Verwaltung wird beauftragt, das Projekt im Modell einer öffentlich-privaten Partnerschaft (ÖPP/PPP) inklusive städtebaulichem Wettbewerb weiter zu verfolgen und erneut dem BauA und dem FinA zur Beschlussfassung vorzulegen.
- Dem Bauausschuss ist verwaltungsseitig über den Fortgang des Verfahrens und die wesentlichen Verfahrensschritte zu berichten.

6. Finanzielle Kompensation in Folge der Abschaffung jeglicher Straßenausbaubeiträge für das Jahr 2023 **308/2021-2026 - 2**

Folgender Beschluss wird mit **9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung, Personalentwicklung und EDV empfiehlt dem Rat der Stadt Springe über den Verwaltungsausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

Der durch den Verzicht auf die Erhebung sämtlicher Straßenausbaubeiträge für das Jahr 2022 ausgelöste Kompensationsbedarf wird in Höhe von 2.070.297,98 EUR festgestellt. Dieser Betrag kann nach aktuellem Stand durch eine 25-jährige Grundsteuererhöhung um 7 Hebesatzpunkte (82.811,92 EUR p.a.) kompensiert werden. Über eine Hebesatzanpassung entscheidet der Rat im Rahmen der Beratung und Beschlussfassung künftiger Haushaltssatzungen.

7. Anpassung des Liquiditätskreditvertrages mit der MVZ Gesundheitshaus Springe GmbH **745/2021-2026**

Herr Tegtmeyer gibt an, dass das MVZ seinen Liquiditätskredit-Rahmen in Höhe von 25.000 € bei der Stadt Springe bereits seit längerem ausgereizt habe. Um weiterhin handlungsfähig zu bleiben, habe der Geschäftsführer beim Bürgermeister angefragt, ob der Rahmen des Liquiditätskreditvertrags um 10.000 € erhöht werden könne. Es werden zeitnah 5.000 € benötigt, und weitere 5.000 € seien zunächst als Puffer vorgesehen.

Herr Hackert gibt zunächst an, dass die Gruppe CDU/FWS für die Erhöhung stimmen werde, da man das Projekt nicht gefährden möchte. Er kritisiert allerdings, dass die Darlehnsnehmerin die aktuelle gewünschte Erhöhung im Aufsichtsrat nicht vorgelegt und besprochen habe. Die bisherigen Mittelabrufe wurden ebenfalls nicht vorbesprochen, sodass er keine Idee davon habe, was mit dem Geld konkret gezahlt werden soll. Für die Zukunft wünscht er sich, konkrete Informationen zu erhalten oder mal einen allgemeinen Sachstand zum Thema MVZ Springe.

Herr Galas gibt an, dass er nicht im öffentlichen Teil der Sitzung drauf eingehen werde, was Herr Creutzig im Aufsichtsrat gesagt habe. Er habe für sich schon den Eindruck gewonnen, dass er in etwa weiß, wofür das weitere Geld benötigt wird. Öffentlich könne er sagen, dass in der Vergangenheit Kosten für anwaltliche Beratung, Stellenanzeigen, Homepage etc. angefallen sind. Der Prozess neige sich dem Ende zu, da bereits Räumlichkeiten vorhanden sind, ein Betreiber vermutlich gefunden wurde und die Verträge weitestgehend ausgearbeitet seien. Es gehe jetzt im letzten Schritt darum, Ärzte zu finden, die im MVZ arbeiten, sodass er vorschlägt, der Erhöhung des Liquiditätsvertrages zuzustimmen.

Herr Lampe merkt an, dass er es begrüßen würde, den Geschäftsführer des MVZ im nächsten Jahr in den Finanzausschuss einzuladen, damit dieser mal einen aktuellen Sachstand vortragen könne. Dies könne bei Bedarf auch im nichtöffentlichen Teil einer Sitzung geschehen.

Frau Henkels merkt an, dass sie sich inhaltlich nicht so viel mit dem MVZ befasst habe. Sie habe allerdings gehört, dass es in Springe nur eine freie Arztstelle gebe und möchte wissen, ob man mit einem Sitz überhaupt ein MVZ umsetzen könne.

Herr Galas weist darauf hin, dass mindestens zwei Personen für die Umsetzung eines MVZ benötigt werden, diese allerdings auch auf zwei Halbtagsstellen verteilt werden können. Weiterhin gebe es die Möglichkeit, dass ein/e in Springe ansässige/r Hausarzt/Hausärztin ihren Sitz mitbringe und ins MVZ wechsele. Mit Blick auf die Altersstruktur der Ärztinnen und Ärzte in Springe sei auch möglich, dass in naher Zukunft ein Arzt/eine Ärztin ihre Zulassung zurückgebe, sodass ein weiterer Sitz in Springe frei werde.

Folgender Beschluss wird mit **8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **1 Enthaltungen** gefasst:

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung, Personalentwicklung und EDV empfiehlt dem Rat der Stadt Springe über den Verwaltungsausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Höchstbetrag des im Jahr 2023 abgeschlossenen Liquiditätskreditvertrages zwischen der Stadt Springe und der „Medizinisches Versorgungszentrum Gesundheitshaus Springe GmbH“ wird auf 35.000 EUR erhöht.

8. Jahresabschluss der Stadtwerke Springe Holding GmbH zum 31.12.2023 **735/2021-2026**
-Beschlussfassung in der Gesellschafterversammlung

Frau Henkels und Herr Bani Ardalán verlassen die Sitzung um 20:18 Uhr.

Folgender Beschluss wird mit **6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **1 Enthaltungen** gefasst:

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung, Personalentwicklung und EDV empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

Der vom Rat gewählte Vertreter für die Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Springe GmbH (Herr Baatzsch) hat dort die Beschlüsse 1. bis 3. zu vertreten:

1. Der Jahresabschluss 2023 wird mit einer Bilanzsumme in Höhe von 18.241.061,47 EUR, einem Jahresüberschuss in Höhe von 898.873,38 EUR und einem Bilanzgewinn in Höhe von 898.873,38 EUR festgestellt.
2. Zur Stärkung des Eigenkapitals findet keine Gewinnausschüttung statt. Der Bilanzgewinn wird auf neue Rechnung vorgetragen. Gleichzeitig wird die Stadt Springe gem. § 18 des Gesellschaftsvertrags in Verbindung mit § 3 Ziffer 1 b der Ergänzungsvereinbarung verpflichtet, einen Betrag in Höhe 677.364,69 EUR zur Stärkung des Eigenkapitals in die Kapitalrücklage einzulegen.
3. Geschäftsführung und Aufsichtsrat werden entlastet.

Frau Henkels nimmt ab 20:20 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Herr Bani Ardalán nimmt ab 20:21 Uhr wieder an der Sitzung teil.

9. Bericht des Geschäftsführers der Stadtwerke zur Strategie der Stadtwerke und Gelegenheit zu Fragen durch die Ausschussmitglieder

Herr Koschnitzki berichtet mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation über die aktuelle Lage der Stadtwerke. Im ersten Teil der Power-Point-Präsentation werden die Handlungsfelder, strategischen Ziele und ein Ausblick vorgestellt. Anschließend werden in der Präsentation 13 Fragen der politischen Vertreter beantwortet, die Herrn Koschnitzki im Vorfeld der Sitzung über die Stadtverwaltung zugeleitet wurden. Die Inhalte der Power-Point-Präsentation können der **Anlage zu TOP 9** des Protokolls entnommen werden.

Zusätzlich gibt Herr Koschnitzki an, dass die angebotenen Kundenpreise der Stadtwerke in den letzten 2 Jahren sehr hoch im Vergleich zu anderen Marktanbietern waren. Seit März/April 2024 habe sich die Situation allerdings verbessert, sodass eine bessere Marktfähigkeit vorliegt. Zum Jahresende soll auch die Grundversorgung marktfähig angepasst werden.

Im Anschluss an seine Präsentation beantwortet Herr Koschnitzki weitere Fragen der Ausschussmitglieder.

Herr Overesch gibt an, dass der Stadtforst eine wesentliche Rolle für das Geschäftsfeld Fernwärme spielen sollte. Es war seinerzeit geplant, dass die Stadtwerke minderwertige Hölzer der Stadtforst für die Gewinnung von Fernwärme verwenden sollen. Er möchte wissen, wieso derzeit keine Lieferungen der Stadtforst erfolgen.

Herr Koschnitzki gibt an, dass er die Situation prüfen und eine Rückmeldung über das Protokoll geben werde. *Die Rückmeldung von Herrn Koschnitzki wird im nichtöffentlichen Teil des Protokolls abgebildet.*

Herr Galas weist zum Bäderbetrieb darauf hin, dass die Kostendeckung durch ein zusätzliches Sauna-Angebot verbessert werden könnte, da die Nachfrage nach einem solchen Angebot vorhanden sei.

Herr Koschnitzki bedankt sich für den wertvollen Hinweis und wird die Anregung intern prüfen und bewerten.

Herr Bani Ardalan möchte wissen, wann das Gasnetz größtenteils abgeschrieben sein wird.

Herr Koschnitzki gibt an, dass man aktuell davon ausgehe, dass das Gasnetz voraussichtlich 2035 - 2040 abgeschrieben sei.

Frau Henkels möchte zu den Kreditaufnahmen wissen, ob die Stadtwerke ihre Surezertifikate für die Verhandlung mit den Banken über neue Kredite nutzen. Die Banken würden die Kredite heutzutage nicht nur nach harten Faktoren vergeben, sondern auch die Nachhaltigkeit von Unternehmen berücksichtigen.

Herr Koschnitzki antwortet, dass man die Zertifikate derzeit noch nicht für Verhandlungen mit Kreditgebern nutzen würde. Bisher hatte er den Eindruck, dass die Banken überwiegen auf die Eigenkapitalquote gucken würden. Er nimmt den Hinweis gerne mit und wird die Umsetzung intern prüfen und bewerten.

Herr Galas möchte wissen, ob geplant sei, die Johan-Heinrich-Schröder Straße an die Fernwärme anzuschließen.

Herr Koschnitzki antwortet, dass er den Hinweis mitnehme und intern prüfen und bewerten lassen wird.

10. Bewilligung von über- / außerplanmäßigen Mitteln gem. § 117 NKomVG -vorsorglich-

10.1 Außerplanmäßige Mittelbereitstellung Betriebshofoptimierung (Personalbedarfsbemessung) 742/2021-2026

Folgender Beschluss wird mit **9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung, Personalentwicklung und EDV empfiehlt dem Rat der Stadt Springe über den Verwaltungsausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat stimmt einer außerplanmäßigen Mittelbereitstellung für die Betriebshofoptimierung (Personalbedarfsmessung) (Produktkonto

57301.78710080) in Höhe von 50.000 € zu.

2. Die Deckung dieses Mehrbedarfs erfolgt durch Minderauszahlungen beim Produktkonto 54101.78720104 (Straßenbau Am Bergfelde, Nordfeld) in Höhe von 50.000 €

11. Mitteilungen der Verwaltung

- 11.1 Stellungnahmen zum Bericht über die technische Prüfung der Jahresrechnung nach §§ 155, 156 NKomVG bei der Stadt Springe für das Haushaltsjahr 2020** **725/2021-2026**

Die Vorlage wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

- 11.2 Stellungnahmen zum Bericht über die technische Prüfung der Jahresrechnung nach §§ 155, 156 NKomVG bei der Stadt Springe für das Haushaltsjahr 2021** **746/2021-2026**

Die Vorlage wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

- 11.3 Mitteilung aller bewilligten über- und außerplanmäßigen Mittelbereitstellungen und Technischen Umbuchungen seit der letzten Finanzausschusssitzung, Stand 03.09.2024** **131/2021-2026 - 9**

Die Vorlage wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

11.4 Mitteilung JA 2018

Herr Tegtmeyer gibt an, dass er in der letzten Woche den Prüfbericht des RPA für das Jahr 2018 erhalten habe. Das Jahr wurde mit einem Fehlbetrag in Höhe von ca. 1,5 Mio. € abgeschlossen, welches allerdings aus den Rücklagen aus Vorjahren gedeckt werden konnte. Ansonsten gebe es keine nennenswerten Beanstandungen. Da es zeitlich nicht mehr umsetzbar war, die Vorlage für die heutige Sitzung zu erstellen, wird die Vorlage in der nächsten Sitzung vorgelegt.

11.5 Sachstandsmitteilung zu Beschlüssen, Aufträgen und Finanzen

Herr Gebauer gibt an, dass die Verwaltung demnächst mit einem Termin für einen Workshop zwischen IPM und der Politik auf die Ratsmitglieder zukommen werde. Es gebe zuvor noch einen Workshop zwischen IPM und der Verwaltung, und anschließend werde man in die Terminfindung mit der Politik einsteigen. Voraussichtlich werde der Workshop mit der Politik Mitte November stattfinden.

Zum Haushalt 2025 habe er die Ratsmitglieder bereits per Mail informiert, dass die Einbringung des Haushaltes 2025, wie geplant, Ende Oktober stattfinden soll, während die Haushaltsberatungen ins Frühjahr 2025 geschoben werden sollen. Hintergrund sei, dass auch der Haushaltsplanentwurf 2025 erneut defizitär sei und man einen Haushaltskonsolidierungsprozess in Einklang mit dem IPM-Verfahren bringen möchte. Dafür benötige man Zeit, da einige Konsolidierungsvorschläge seitens IPM im politischen Raum besprochen werden müssen.

Herr Reinhardt ist im Hinblick auf die Verschiebung der Haushaltsberatungen skeptisch, da man dadurch voraussichtlich erst im Mai oder Juni mit der Haushaltsgenehmigung rechnen könne. Damit hätte der Haushalt 2025 nur eine Wirksamkeit von 6 - 7 Monaten, was zu komplett neuen Planungsgrundlagen führen würde. Weiterhin sei nicht nachvollziehbar, wie Teile der Politik im September darüber stolpern, dass der Sitzungsplan im November extrem voll sei. Der Sitzungsplan ist seit Anfang 2024 allen Ratsmitgliedern bekannt. Weiterhin wisse die Politik bisher nicht, was für einen Umfang der IPM-Prozess habe und mit wieviel Zeitaufwand die Beratung für die Politik verbunden sei.

Herr Gebauer antwortet, dass es aus seiner Sicht keinen Sinn ergebe, den Konsolidierungsprozess 2025 vom Konsolidierungsprozess mit IPM zu trennen. Genaueres könne im Verwaltungsausschuss besprochen werden.

Zum Abschluss trägt Herr Wetzig den Ausschussmitgliedern noch eine Abschiedsrede vor.

12. Fragen der Zuhörenden zu den in der Sitzung gefassten Beschlüssen

Die Zuhörenden stellen keine Fragen zu den in der Sitzung gefassten Beschlüssen.

13. Anfragen der Ausschussmitglieder

Frau Henkels möchte wissen, ob die Stelle des technischen Prüfers bereits besetzt ist. Weiterhin fragt sie nach einem aktuellen Stand zum Ausbau den Mensen in Grundschulen und möchte ebenfalls wissen, ob für die GS Bennigsen bereits eine Schlussrechnung vorliege.

Herr Gebauer antwortet, dass das Bewerberauswahlverfahren für die Stelle des technischen Prüfers derzeit laufe. Zu den anderen beiden Fragen kann er nichts sagen, da sie thematisch in den Baubereich und nicht in den Finanzbereich gehören.

Herr Lampe möchte wissen, ob die Regionssporthalle zukünftig auch für andere Organisationen und Veranstaltungen genutzt werden kann. Bisher sei nur eine Nutzung für Sportvereine möglich.

Antwort der Verwaltung:

Die Vereinbarung zwischen der Region Hannover und der Stadt Springe sieht vor, dass die Stadt Springe die Halle ausschließlich für eigene schulische Zwecke und für den örtlichen Vereinssport nutzen darf.

Herr Reinhardt möchte wissen, wann damit zu rechnen sei, dass alle Höher- und Umgruppiungsverfahren der Mitarbeitenden der Stadt Springe abgeschlossen sind.

Herr Gebauer gibt an, dass derzeit geplant sei, die aktuellen Höher- und Umgruppierungsanträge von einem externen Unternehmen durchführen zu lassen. Derzeit prüfe man verwaltschaftsseitig verschiedene Anbieter hinsichtlich ihrer Qualität. Einen seriösen Zeitrahmen könne er derzeit noch nicht nennen.

Ende des öffentlichen Teils: 21:43 Uhr